

Presseverlautbarung

Das Chikungunya-Virus kostet zahlreichen Menschen in Kassala das Leben; die Leute sehnen sich unterdessen weiterhin nach einem Staat, der sich ihrer Angelegenheiten annimmt

(Übersetzt)

Das Chikungunya-Virus – von den Einheimischen auch als „Kankasha-Krankheit“ bezeichnet – breitet sich derzeit in der Stadt Kassala aus. Wie immer schwieg sich die Regierung zu Beginn der Krankheit darüber aus, bis Aktivisten über die sozialen Netzwerke und Medien auf die Krankheit aufmerksam machten. Dadurch sah sich die Regierung gezwungen, zum Ausbruch der Krankheit Stellung zu beziehen. Das Virus verbreitet sich mit katastrophaler Rasanz. So berichtete die Zeitung „Al-Akbar“ am Samstag, dem 22. September 2018: *„Die Bürger widerlegen die Behauptungen der Regierung über das Chikungunya-Virus: Mehr als 4000 Menschen sind mittlerweile davon betroffen, 110 Menschen starben bereits an den Folgen der Infektion. Die Zahl der Betroffenen steigt weiter an...“* Die Titelseite der Zeitung „Al-Jareedah“ zierte am Sonntag, dem 23. September 2018, die folgende Schlagzeile: *„Die Zahl der Menschen, die mit dem Chikungunya-Virus infiziert sind, nimmt weiter zu.“* In der Zeitung „Al-Khabar“ hieß es: *„Die Regierung in Kassala gab zu, dass die Zahl der Todesfälle im Zusammenhang mit dem Chikungunya-Virus auf mehr als 10 anstieg, nachdem in der vergangenen Nacht eine schwangere Frau an den Folgen des Virus verstarb. Außerdem gab die Regierung bekannt, dass die Zahl der Betroffenen zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf etwa 9300 angestiegen sei. Inoffiziellen Schätzungen zufolge starben zwischen 78 und 116 Personen an den Folgen der Infektion.“*

Viele Leute beschwerten sich über die Nachlässigkeit von Seiten der Regierung, während andere der Ansicht waren, dass die Nachlässigkeit der Regierung Absicht wäre. „Al-Jareedah“ zitierte den Abgeordneten Faisal Yas am Sonntag mit folgendem Wortlaut: *„Die Regierung tat zwar, was man von ihr erwartete, hätte jedoch mit Pestizidkontrollflugzeugen aus Halfa gegen die Moskitos vorgehen können, die die Verbreitung des Virus verursacht haben...“* Yas beschuldigte den Gouverneur Kassalas, dass dieser den Einsatz von Pestizidkontrollflugzeugen verbot, um die Interessen der Investoren in der Hühnerindustrie zu schützen. So fragte Yas: *„Ist der Regierung das Leben eines Menschen weniger wert als der Schutz von Investoren!?“*

Dass die Regierung wieder einmal Nachlässigkeit und Ignoranz gegenüber dem Leid der Menschen demonstriert, sowie hartnäckig zu leugnen versucht, was lokal

und international bereits Wellen schlägt, bestätigt erneut was zuvor schon feststand: Regierungen dieser Art, die in den islamischen Ländern etabliert wurden, werden sich niemals den Angelegenheiten der Menschen annehmen. Dies aufgrund der Tatsache, dass sie nicht auf Grundlage des Islams errichtet wurden.

Der einzige Staat, der sich den Angelegenheiten des Volkes wahrhaftig annehmen wird, sei es in Bezug auf ihre Gesundheit, Bildung oder Versorgung, ist das rechtgeleitete Kalifat gemäß der Methode des Prophetentums. In dieser speziellen Situation würde der Islamische Staat die betroffene Region unter Quarantäne stellen und ihnen Experten und Ärzte zur Verfügung stellen, damit die Betroffenen unter den bestmöglichen Umständen behandelt und die Krankheit ausgeremert werden kann. Der Islamische Staat würde dem nachkommen, weil er an die Gesetze des Islams gebunden ist. Diese verpflichten den Regenten dazu, sich den Angelegenheiten seiner Bürger anzunehmen. So sprach der Gesandte Allahs (s) in einem übereinstimmend tradierten *ḥadīth*:

«الإِمَامُ رَاعٍ وَهُوَ مَسْئُولٌ عَنْ رَعِيَّتِهِ»

Der Imam ist ein Hüter und für seine Bürger verantwortlich.

Den Regenten ist es verboten, nachlässig zu sein oder Tatsachen vor seinen Schützlingen zu verbergen. Auch ist es den Regenten verboten, ihre Schützlinge zu betrügen oder sie zu täuschen versuchten. All dies sind aus islamischer Sicht Straftaten, die schwere Strafe nach sich ziehen. Al-Buḥārī berichtet über Ma'qil, dass der Gesandte Allahs (s) sprach:

«مَا مِنْ وَالٍ يَلِي رَعِيَّةً مِنَ الْمُسْلِمِينَ فَيَمُوتُ وَهُوَ عَاشٍ لَهُمْ إِلَّا حَرَّمَ اللَّهُ عَلَيْهِ الْجَنَّةَ»

Allah (t) wird jenem Führer, der stirbt während er die Muslime täuscht, den Zutritt zum Paradies verwehren.

Hizb-ut-Tahrir / *wilāya* Sudan bittet Allah (t) darum, die Betroffenen schnell genesen zu lassen und mit den Verstorbenen barmherzig zu sein. Die Partei richtet ihren Appell an die ehrenwerten Menschen im Sudan: werdet mit aller Kraft dafür tätig, das rechtgeleitete Kalifat, zu dem Hizb-ut-Tahrir aufruft, zu errichten. Nur die islamische Scharia ist imstande, eure Angelegenheiten zu betreuen und eure Rechte pflichtgemäß zu erfüllen, wie Allah (t) es befahl.

Ibrāhīm 'Uṭmān (Abū Ḥalīl)

Offizieller Sprecher von Hizb-ut-Tahrir / *wilāya* Sudan



Tel.: 0912240143- 0912377707

E-Mail: Spokman_sd@dbzmail.com

Website: <http://hizb-sudan.org>

Offizielle Website von Hizb-ut-Tahrir:

www.hizb-ut-tahrir.org

Seite des Medienbüros von Hizb-ut-Tahrir:

www.hizb-ut-tahrir.info